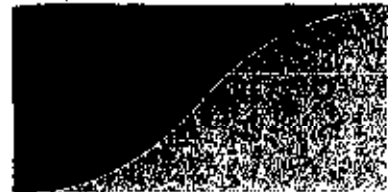


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Hans Matthöfer MdB, Bundesfinanzminister: Erleichterung für Pendler sorgfältig konzipieren.

Seite 1

Jürgen Egert MdB kritisiert die verbalen Aktivitäten eines ehrenwerten Herrn: Dr. Vilmers Absurditäten.

Seite 2

Horst Milde MdL weist Möcklinghoffs Vorstöße zurück: Die Polizei ist keine Bürgerkriegsersatzarmee.

Seite 3

Gert Weisskirchen MdB verurteilt Remmers Vorschläge: Bildungspolitischer Elefant im Porzellanladen.

Seite 4

Peter Struck MdB zu den Bundes- und Gemeindefinanz: Probleme gemeinschaftlich lösen.

Seite 5

Horst Seefeld MdEP nach Maastricht: Behandlung der Sitzfrage war beschämend.

Seite 6

Buchbesprechung: Johannes Rau zu Karl Ibauchs "Kemna"

Seite 7/8

Dokumentation: SPD-Vorstand zur Sicherheitspolitik.

Seite 9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 60

27. März 1981

Erleichterungen für Pendler sorgfältig konzipieren

Entlastungsvorschläge müssen die energiepolitischen Notwendigkeiten berücksichtigen

Von Hans Matthöfer MdB
Bundesminister der Finanzen

In der nächsten Woche wird die Erhöhung der Mineralölsteuer wie vorgesehen in Kraft treten. Damit wird - abgesehen von der Verbesserung der Haushaltslage - ein bedeutsamer Anreiz zur Kraftstoffeinsparung geschaffen.

Es führt kein Weg daran vorbei, daß alle Anstrengungen darauf gerichtet sein müssen, Öl einzusparen. Nur so können wir von unserem hohen Leistungsbilanzdefizit herunterkommen, nur so können die Voraussetzungen für eine Lockerung der Zinspolitik der Bundesbank geschaffen werden, ohne die eine Belebung der Investitionstätigkeit zur Wiedererlangung eines hohen Beschäftigungsstandes schwer vorstellbar ist.

Die daraus folgenden Belastungen müssen wir durch eine Änderung der Ölverbrauchsstrukturen und des Verbrauchsverhaltens ausgleichen, nicht aber durch erneute Subventionen. Freilich kann die Verteuerung des Mineralölverbrauchs besondere Belastungen mit sich bringen, insbesondere für die sogenannten Fernpendler in strukturschwachen Regionen, die keine Arbeitsplätze vor der Haustür und oft auch keine günstigen Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs vorfinden. Hier müssen wir nach Erleichterungen suchen, die die Härten der Anpassung mildern. Ich möchte allerdings nachdrücklich davor warnen, vorschnell einseitige Lösungen vorzuschlagen und Patentrezepte zu verkünden. Es kommt vielmehr darauf an, ein in sich stimmiges Gesamtkonzept zu erarbeiten, das den genannten Erfordernissen soweit wie möglich Rechnung trägt.

Dabei muß mit berücksichtigt werden, daß auch die Kraftfahrzeugsteuer so verändert werden muß, daß sie eine Verminderung des Benzinverbrauchs bewirkt.

Diesem Ziel entgegengerichtete Wirkungen gezielter Entlastungsmaßnahmen müssen auf ein Mindestmaß beschränkt bleiben.

Die Lösung dieser Probleme muß sorgfältig diskutiert werden. Gemeinsam werden die Koalitionspartner auf der Grundlage ihrer bisherigen Beschlüsse Lösungen zu erarbeiten haben, die tragfähig sind. Mit unzureichend durchdachten scheinbaren Patentrezepten wäre niemandem geholfen. (-/27.3.1981/ks/ca)



Dr. Vilmar's Absurditäten

Die verbalen Aktivitäten eines ehrenwerten Herren

Von Jürgen Egert MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Bei seiner Wahl in das Amt des Präsidenten der Bundesärztekammer wurde ihm freundliche Aufmunterung durch alle politischen Gruppierungen zuteil. Wir Sozialdemokraten versprachen uns durch ihn eine Verbesserung der Dialogfähigkeit der Ärzteschaft und eine Versachlichung des Gesorächa mit den Ärzten. Der Mann, von dem die Rede ist, heißt Dr. Karsten Vilmar, Nachfolger von Prof. Dr. Hans-Joachim Sewering im Amt des Bundesärztekammerpräsidenten.

Es scheint, daß die ihm zuteil gewordenen Vorschußlorbeeren schnell verwelkt sind. Er entwickelt sich in jüngster Zeit zunehmend zum Spezialisten für verbale Ausrutscher, dem es darüber hinaus beliebt, Andersdenkende mit negativen Etiketten zu versehen. Wäre der Herr Doktor Präsident nur bar jener hanseatischen Gelassenheit, die die meisten Bremer Bürger sonst auszeichnet, wäre die Angelegenheit nicht weiter erwähnenswert. Aber seine Ausrutscher gewinnen zunehmend eine Qualität, die uns Sozialdemokraten an ihm bisher unbekannt war: Jene Saloppe Schnodrigkeit, die die eigentlich Betroffenen als Börsartigkeit empfinden müssen.

Wenn sich auf einem Ärztetag Innerärztliche Opposition Gehör verschafft und der Herr Dr. Vilmar als Konsequenz dieser Opposition Zustände wie im besetzten Afghanistan oder wie bei der öffentlichen Bremer Rekrutenverteidigung prophezeit, so mag man dies noch als politische Unerfahrenheit im Umgang mit oppositionellen Meinungen abtun. Zugegeben - für einen Ärztekammerpräsidenten ist Innerärztliche Opposition vielleicht auch etwas Neues.

Wenn sich das Erstaunliche begibt und, ein Ärzteverband öffentlich in Teilfragen des Gesundheitswesens übereinstimmende Auffassungen mit der SPD feststellt und Herr Dr. Vilmar die Betroffenen gemeinsamer Bettgeschichten zieht, mag mancher dies noch als witziges Apercu werten. Aber schon hier wird zwischen den Zeilen ein gehöriges Maß an Voreingenommenheit sichtbar.

Auf dem internationalen Fortbildungskongreß der Bundesärztekammer in Davos nun hat sich der ehrenwerte Herr Präsident einen Ausflug in die Welt der Absurditäten geleistet. Laut Mitteilung der Pressestelle der Deutschen Ärzteschaft hat er dort unter anderem ausgeführt:

"Vilmar warnte vor allem vor zu großen Hoffnungen bei der Installierung von Krebskatastern und der staatlichen inszenierten Erfassung von weiterverbreiteten Krankheiten. Es könne nicht angehen, sich politisch etwa den Krebskranken, danach den Rheumakranken, Diabetikern, Nierenkranken oder gar den Plattfüßigen anzunehmen, nur weil dadurch in opportunistischer Weise wahlberechtigte Bürger bis zum Ende der Legislaturperiode bei der Stange gehalten werden könnten."

Den Versuch, weiterverbreitete Krankheiten statistisch zu erfassen, um etwa Aufschlüsse über mögliche regionale, berufsspezifische oder andere Häufungen zu erhalten und daraus entsprechende Maßnahmen abzuleiten, nennt der ehrenwerte Herr Präsident eine "staatliche Inszenierung". Als deren Motiv meint er die Absicht erkannt zu haben, mit menschlichem Leid Stimmenfang zu betreiben. Es kann sein, daß Herr Dr. Vilmar in unzulässiger Weise die politischen Motive mancher Ärztlichen Verbandspolitiker auf die Motive in der allgemeinen Politik übertragen hat, seine Injurien verdienen trotzdem entschiedene Zurückweisung.

Da dachten wir, wir hätten den Professor Sewering und seinen Umgangston überwunden. Und nun bekommen wir das. C'est la vie...

(-/27.3.1981/Ks/ca)

+ + +



Möcklinghoffs unselige Vorstöße

Die Polizei ist keine Bürgerkriegsersatzarmee

Von Horst Milde MdL

Innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag

Die SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag lehnt es ab, Polizeikräfte mit "besonderen Waffen" auszustatten. Diesen Wunsch hat Innenminister Egbert Möcklinghoff (CDU), der auch panzerbrechende Waffen und Luftabwehrwaffen in die öffentliche Diskussion eingeführt hat. Nach Möcklinghoffs Auffassung hat die Frage der "besonderen Waffen" zur möglichen Bekämpfung von terroristischen Angriffen nichts mit der Ausrüstung der Polizei zu tun, mit der sie sich Gewalttätige bei Demonstrationen vom Halse halten kann.

Hierzu hat Möcklinghoff am 25. März im niedersächsischen Landtag erklärt: "Wenn wir im Ausschuß eindeutig erklären, unter welchen Voraussetzungen wir Überlegungen anstellen müssen, und zwar nicht nur im Lande Niedersachsen, sondern in der ganzen Bundesrepublik, um für terroristische Gefahrensituationen, ich betone noch einmal: Für terroristische Gefahrensituationen nicht in einem Lande, sondern in der ganzen Bundesrepublik Mittel bereitzustellen, mit denen man auch mit Situationen fertig werden könnte, in denen Terroristen, wie das ja gewesen ist, mit Hubschraubern über Haftanstalten fliegen oder mit Granatwerfern versuchen, Gebäude einzuschließen, und wenn wir diese Frage nur unter diesem terroristischen Aspekt gestellt haben, und auch nicht, daß, sondern nur ob, und das mit dem Innenminister und dem Bund zusammen erörtern wollten, dann ist das etwas total anderes, als in diesem Zusammenhang über die Ausrüstung der Polizei zu sprechen. Was wir für eine normale Ausrüstung der Polizei für notwendig erachten, haben wir im Entwurf des Gesetzes über Sicherheit und Ordnung deutlich gemacht, und das sind nicht einmal Maschinengewehre wie das bisher in dem Mustorentwurf der Innenminister gestanden hat, um das ganz deutlich zu machen."

Hierüber braucht mit uns nicht einmal über das "ob" diskutiert zu werden. Die SPD-Fraktion hat im Innenausschuß des niedersächsischen Landtages am 14. Januar 1981 bei einer Aussprache über das Polizeigesetz (Sicherheits- und Ordnungsgesetz) hinlänglich deutlich gemacht, wo die Grenzen für eine Polizeibewaffnung liegen. Die Schwelle liegt nach unserer Auffassung noch vor dem Einsatz von Maschinengewehren und Handgranaten. Diese Waffen können wegen ihrer Streu- und Sprengwirkung nicht gezielt eingesetzt werden. Ihre Wirkung läßt sich nicht kontrollieren und ist daher mit dem Grundgedanken polizeilichen Handelns, den Täter fluchtunfähig zu machen und nicht, ihn zu töten, nicht in Einklang zu bringen.

Nach unserem Verfassungsverständnis kann es keine Lage geben, die von der Polizei mit Hilfe der von Möcklinghoff in Erwägung gezogenen Waffen zu bewältigen wäre. Jeder Weiterdenken im Sinne Möcklinghoffs führt in Situationen, für deren Lösung Artikel 87a Absatz 4 des Grundgesetzes (Einsatz der Bundeswehr bei einem inneren Notstand) gilt. Damit wird aber eine Situation in der Bundesrepublik in dramatisierter Weise unterstellt, die nicht gegeben ist. Wer sich bei den aktuellen innen- und gesellschaftlichen Problemen, die politisch gelöst werden müssen, an Dramatisierungen beteiligt, läßt nicht nur politisches Gespür vermissen, er beteiligt sich auch mit Worten an der Verstärkung von politischen Hysterien. Bereits 1979 hat Möcklinghoffs Ministerium mit Planspielen Lagen darzustellen versucht, die die Grundlage für die Notwendigkeit der Ausstattung der Polizei mit nicht polizeigemäßen Waffen liefern sollten.

Wenn der niedersächsische Innenminister jetzt erneut die Frage einer Ausrüstung, die über die "normale" Ausrüstung der Polizei hinausgeht, den Innenministern der Bundesländer und dem Innenausschuß des Bundesrates zur Behandlung vorschlägt, dann knüpft er aus politischen Opportunitätsgründen an Vorstellungen an, die mit dem humanitären Auftrag einer Bürgerpolizei nicht zu vereinbaren sind. Es ist unbestritten, daß es Probleme in der Polizei gibt. Sie liegen aber auf anderen Gebieten, bei der Verbesserung der sozialen Bedingungen des Polizeidienstes, bei Führungs- und Organisationsfragen. Für ihre Lösung hat der Innenminister die politische Kompetenz. Sie hat er nicht genutzt. Stattdessen fördert er mit seinen unseligen Vorstößen in der Frage der Polizei-Aus- und Aufrüstung die Vorstellung, die Polizei sei eine Bürgerkriegsersatzarmee. Dies ist ein gefährlicher Weg. Demokraten können solchen Plänen nur entschlossenen Widerstand entgegensetzen.

(-/27.3.1981/ks/ca)

Bildungspolitischer Elefant im Porzellanladen

Remmers hat der Bildungspolitik keinen guten Dienst erwiesen

Von Gert Weiskirchen MdB

Obmann im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft

Nach langen Mühen hat sich ein neu befestigter Grundkonsens herauskristallisiert, wie die Bildungslandschaft der nächsten Jahre aussehen kann, da zielt der niedersächsische Kultusminister Remmers aus dem Hinterhalt gegen die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung durch seine Forderung, diese Kommission "auf einen ziemlich radikalen Rest" zu reduzieren.

Seit Ende 1980 liegt der überarbeitete Entwurf zum Bildungsgesamtplan vor. Er ist eine angemessene Antwort auf die bildungspolitischen Probleme, die nur noch gemeinsam bewältigt werden können - mit den unterschiedlichen Ansätzen, die der Föderalismus bietet. Die planerische Gesamtdarstellung, wie das Bildungswesen der Bundesrepublik Deutschland vom Kindergarten über Schule, Hochschule, berufliche Bildung bis hin zur Weiterbildung in den 50er Jahren gestaltet und entwickelt werden soll, ist notwendiger denn je.

Remmers richtet sich also nicht nur gegen die mühsam erworbene Möglichkeit der bildungspolitischen Toleranz, die Auswirkung seines Vorstoßes könnten verheerend sein. Immer noch steht die Anerkennung von Abschlüssen der Gesamtschule aus; das gleiche gilt für die Lehrerbildung; die künftig immer wichtiger werdende Frage des gemeinsamen Erwerbs von allgemein bildenden und berufsbildenden Fähigkeiten (Doppelqualifikation) könnte auf die lange Bank geschoben werden.

Herr Remmers hat der Bildungspolitik keinen guten Dienst erwiesen und denjenigen, die in der Bildungspolitik einen überflüssigen Finanztopf sehen, neue Argumente geliefert. Remmers beabsichtigte Zerstörung der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung ist kaum noch mit dem Begriff "bildungspolitischer Elefant im Porzellanladen" zu umschreiben. Hier ist die Grenze des Vermünftigen überschritten worden. Aus diesen Gründen werde ich folgende Fragen an die Bundesregierung stellen:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die in den letzten Tagen wiederholt öffentlich vertretene Auffassung Einzelner aus dem Lager der CDU/CSU, die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung und ihre Arbeiten seien weitgehend entbehrlich, eine gesamtstaatliche Bildungsplanung heute so nicht mehr erforderlich?
2. Was hält die Bundesregierung von Vorschlägen, Aufgaben der Bildungsplanung sowie notwendige Abstimmungen zwischen Bund und Ländern im Bildungswesen auf die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) und ihr Umfeld zu verlagern?

(-/27.3.1981/vo-he/ca)

+ + +



Bundesfinanzen - Gemeindefinanzen

Die Politik muß die Probleme gemeinschaftlich lösen

Von Dr. Peter Struck MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages

Bereits wenige Tage nach der Wahl vom 5. Oktober hat der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, vor den Delegierten der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik - SGK - die Einrichtung einer "Verbindungsstelle" der Bundestagsfraktion zu den in Ortsrat, Gemeinderat, Kreistag und den kommunalen Verwaltungen Verantwortung tragenden Sozialdemokraten angekündigt.

Dieses Gremium ist inzwischen eingerichtet und hat seine Arbeit in einem ersten Gespräch mit dem Bundesvorstand der SGK in Bonn aufgenommen. Als Mitglied der Arbeitsgruppe Steuern der Fraktion dieser Verbindungsstelle sehe ich mein Haupttätigkeitsfeld bei den Problemen der Gemeindefinanzen.

Der Deutsche Städtetag hat kürzlich allen Abgeordneten den Gemeindefinanzbericht 1981 zugeleitet. Dieser umfangreiche und in alle Einzelheiten der komplizierten Verflechtung finanzieller Beziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden gehende Bericht verdient die volle Aufmerksamkeit aller Finanzpolitiker.

Zuzustimmen ist dem Gemeindefinanzbericht dort, wo

- Konjunkturprogramme herkömmlicher Art als keine adäquate Lösung der gegenwärtigen Probleme abgelehnt werden und
- die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen als Gemeinschaftswerk von Bund, Ländern und Gemeinden dargestellt wird.

Eines macht der Gemeindefinanzbericht 1981 allerdings auch deutlich: Pauschale Urteile helfen nicht weiter! Vorwürfe an die Adresse des Bundes, er konsolidiere sich auf Kosten der Länder und Gemeinden, sind genauso falsch wie die Behauptung, alle Gemeinden seien kurz vor der Pleite.

Worauf es jetzt ankommt ist: Die Politik in Bund, Ländern und Gemeinden muß gemeinschaftlich die Probleme zu lösen versuchen und darf weder auf dem Rücken der Städte und Gemeinden, noch auf dem Rücken des Bundes ausgetragen werden. Für diese Überlegungen bildet der Gemeindefinanzbericht 1981 eine gute Grundlage. Wir Sozialdemokraten werden ihn sorgfältig prüfen!

(-/27.3.1981/va-he/ca)



Die Wähler sollten protestieren

Die Behandlung der Sitzfrage des Europäischen Parlaments in Maastricht war beschämend

Von Horst Seefeld MdEP

**Obmann der Gruppe der SPD-Abgeordneten in der Sozialistischen Fraktion
des Europäischen Parlaments**

Bei dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft in Maastricht ist leider keine Entscheidung über den endgültigen Sitz der europäischen Institutionen getroffen worden. Stattdessen wurde vereinbart, den "Status quo hinsichtlich der provisorischen Arbeitsorte der europäischen Institutionen" aufrecht zu erhalten. Dies soll auf Grund einer Initiative des französischen Staatspräsidenten geschehen sein.

Es ist beschämend, daß die Forderung der frei und direkt gewählten Mitglieder des Europäischen Parlaments nach einem einzigen Arbeitsort von den Staats- und Regierungschefs der zehn EG-Staaten noch immer nicht erfüllt wird. Zwar wollte man 1979, daß dieses Parlament direkt gewählt wird, doch will man jetzt ganz offensichtlich die Bedeutung des Europäischen Parlaments herunterspielen und seine Arbeitsbedingungen in dem derzeitigen unbefriedigenden Zustand belassen.

Mit anderen Worten: Die durch die Direktwahl erfolgte Aufwertung des Europäischen Parlaments wird heute wohl nicht mehr gewollt! Unverständlich ist auch, daß die Regierungschefs damit einverstanden sind, daß weiterhin Steuergelder für das an drei Orten arbeitende Parlament unnötigerweise ausgegeben werden. Das sind immerhin bis zu 75 Millionen Mark im Jahr. Der Protest der Mitarbeiter des Europäischen Parlaments gegen diesen "Wanderzirkus" wird ebenso wenig beachtet, wie die nun schon seit Jahren und insbesondere in der Wahlkampagne 1979 auch von den Parteien, die sie repräsentieren, aufgestellte Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen für das Europäische Parlament und seine Abgeordneten.

Die Wähler sollten sich deshalb jetzt an ihre nationalen Regierungen mit einem Protest gegen die Ignoranten von Maastricht wenden. Es wird Zeit zu überprüfen, ob die Mechanismen des Vertrages von Rom - der die Grundlage der heutigen Gemeinschaft bildet - noch stimmen. Mehr und mehr wird klar, daß die Regierungen nur noch als Statthalter nationaler Interessen fungieren. An Gemeinschaftsgeist mangelt es Ihnen jedenfalls und dies ist schädlich für die Europäische Gemeinschaft

(-/27.3.1981/hl/ca)



Buchbesprechung

Karl Ibach: Kemna Wuppertaler Konzentrationslager 1933-1934, Peter Hammer Verlag, 132 Seiten, 14,80 DM

Unrecht und Gewalt im Anfang bekämpfen

Eine angenehm ausgebaute Straße folgt dem Lauf der Wupper zwischen dem alten bergischen Idyll Beyenburg und den östlichen Teilen der Stadt Wuppertal. Viele Spaziergänger genießen die Landschaft: Grüne Höhen an beiden Seiten des Tales, ein paar Sportplätze, kleine Siedlungen, das eine oder andere Restaurant. Die Szene ist friedlich - mitten darin die "Kemna", Ausgangspunkt schöner Wanderwege, die durch gut erhaltene Waldgebiete am südlichen Rand der langgestreckten Stadt führen.

Die Kemna, ein beschauliches Fleckchen, war wie man so leicht sagt "vorübergehend" eine Stätte des Grauens, eine frühe nationalsozialistische Folterkammer. Wer weiß das noch? Ich will nicht fragen: "Wer weiß das schon?" Ist es wirklich vorübergegangen? Hier hat es sechs Monate lang ein Konzentrationslager gegeben. Ach, es war eine Notlösung; die Lager in den Mooren des Emslandes waren im Sommer und Herbst des Jahres 1933 noch nicht fertig. Auch war das stillgelegte alte Fabrikgebäude an der Bayenburger Straße Nr. 146 noch nicht die große, perfektionierte Hülle der Gaskammern. Es diente zur "Schutzhaft" politischer Häftlinge. Das Wort "Schutzhaft" sollte man bedächtig aussprechen, es ist ein schönes Wort der deutschen Amtssprache. Gefährdete Personen bringt man zu ihrer eigenen, wohlgernehten eigenen Sicherheit in einen haften bleibenden Schutz.

Nein, ein Vernichtungslager war das nicht, diese Kemna. Es wurde "nur" gequält, gefoltert, geprügelt, gehindert, Häftlinge wurden in die kalte Wupper gejagt, es wurde gedemütigt, mißhandelt. Manche der Häftlinge wurden durch solche Art von Schutz Krüppel ihr Leben lang. Einige überlebten nicht, andere setzen ihren illegalen Kampf fort.

Aber ich will hier aufhören, im Passiv zu sprechen. Es gab ja Menschen, Wuppertaler, sie nannten sich Nationalsozialisten, die quälten, folterten, demütigten. Viel später sagten sie, es sei ihr Befehl gewesen... Es war eine Meute von Barbaren. Sie waren erfindisch im Menschenschinden; viele hatten Lust dazu, viele wollten persönliche Rache nehmen an politischen Gegnern aus der "Kampfzeit". Wer dieses Buch liest, hat es mit einer Chronik des Grauens zu tun. Andersdenkende Mitbürger, Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen, Gewerkschafter erhielten ihre erste Strafe, ihre Belehrung auf nationalsozialisti-



stische Art. Wenn sie es durchhielten, sollten sie Furcht haben ihr Leben lang. Schweißende Opfer.

Einer von ihnen, Karl Ibach, hat diesen Erlebnisbericht geschrieben. 1933 war er achtzehn Jahre alt, der jüngste Kemna-Häftling, ein Funktionär der Arbeiterjugend. Was er erlitt, was er mit ansah, hat ihn nicht entmutigt. Nachdem er Ende 1933 auf Weisung des Polizeipräsidenten und ehemaligen SA-Oberführers Veller entlassen worden war, setzte er den illegalen Kampf gegen das Gewaltregime mit Gleichgesinnten fort.

Wohl gewarnt, war er auf diese Weise nicht zu "belehren". Karl Ibach wurde erneut verhaftet und 1936 wegen Vorbereitung zum Hochverrat vom Oberlandesgericht Hamm zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Damit begann seine zweite Leidenszeit in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern Münster, Esterwegen, Börgermoor und Waldheim/Sachsen.

1943, im Jahre der Jedermann sichtbaren und doch von vielen nicht eingestandenen Kriegswende, wurde Ibach mit anderen Schicksalsgenossen zum berüchtigten Strafbataillon 999 abkommandiert und geriet 1944 in sowjetische Kriegsgefangenschaft. 1947 wurde er in eine Heimat entlassen, der er, unbeugsam, viele Jahre auf verlorenem Posten stehend, in langen Leidensjahren gedient hatte. Bis heute ist er aktiv geblieben in der Wahrung der Interessen der aus politischen rassistischen und religiösen Gründen Verfolgten: Zunächst in der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes, später im Bund der Verfolgten des Nazi Regimes und seit 1969 als Vorsitzender des Zentralverbandes Demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgtenorganisationen auf Bundesebene.

Als er 1947 entlassen wurde, machte er sich daran, seine Erlebnisse im Konzentrationslager Kemna und in der Zeugenschaft des Kemna-Prozesses niederzuschreiben. Das Buch kam im August 1948 heraus; die Auflage von 10.000 Exemplaren war in wenigen Wochen vergriffen.

Jetzt, dreiunddreißig Jahre später, erscheint der unveränderte Faksimile-Nachdruck im Peter Hammer Verlag. Fürwahr, es wird ein finsternes Kapitel deutscher und Wuppertaler Geschichte wieder lebendig. Ein ganz und gar unstilisiertes Dokument liegt uns vor. "Uns", das meint auch eine neue Generation, die das deutsche Schreckensregime allenfalls aus Filmen, Büchern und vielleicht zögernden, vielleicht ehrlichen, vielleicht aber auch beschönigenden, besänftigenden, elterlichen Aussagen kennt. Viele aus dieser Generation werden eher von Auschwitz gehört haben als von einem Wuppertaler KZ, das ein halbes Jahr bestand. Der ach so gewissenhafte einstige Kommandant des Lager Auschwitz, Rudolf Höss, 1947 vom Obersten Volksgerichtshof in Warschau zum Tode verurteilt und zwei Wochen später hingerichtet, hatte übrigens auf seiner Karte aller Konzentrationslager auch das Lager "Barmen" verzeichnet. Für die neue Generation sollte wie für die Leser der ersten Nachkriegszeit gelten, was Karl Ibach noch kürzlich im Buch zur Geschichte der Wuppertaler Sozialdemokratie als Fazit seines Leidensweges und als politisches Credo so formulierte: "Jederzeit für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eintreten, wachsam bleiben, den Anfängen des Extremismus - aus welcher Richtung er auch kommen mag - wehren".

Wir sollten aus diesem Buch und aus Erfahrungen in drei Jahrzehnten Nachkriegsgeschichte lernen, daß Unrecht und Gewalt in der Tat in ihrem Anfang bekämpft werden müssen. Und wir sollten unser Wort verpfänden, dies jederzeit zu tun. Aus unserer Scham angesichts der Barbarei, aus unserer Zuwendung zu ihren Opfern erwächst damit eine bitter notwendige demokratische Moral und Verpflichtung.

Johannes Rau. MdL
(-/27.3.1981/hl/ca)

+

+

+



D O K U M E N T A T I O N

Ausgehend vom sicherheitspolitischen Abschnitt der Erklärung des SPD-Vorstandes vom 11. Februar 1981 (Fünf Punkte), dem sich Parteirat und Bundestagsfraktion der SPD angeschlossen haben, sowie im Einklang mit der Stellungnahme der Bundesregierung vom 25. Februar hat der SPD-Vorstand zur sicherheitspolitischen Situation am Donnerstag beschlossen:

Weder Schwäche noch Überlegenheit

1. Die SPD unterstreicht ihre Entschlossenheit, die Politik der Friedenssicherung und Entspannung fortzusetzen, die von der sozial-liberalen Koalition entwickelt und im Einvernehmen mit den Bündnispartnern erfolgreich verfolgt worden ist.

Sicherheit und Zusammenarbeit in und für Europa müssen im gemeinsamen Interesse des Friedens ausgebaut werden. Sicherheit verlangt eine Politik des annähernden Gleichgewichts, nach sozialdemokratischer Auffassung auf möglichst niedrigem Niveau.

Sicherheit ist nur auf der Basis des Bündnisses und seiner Beschlüsse möglich. Sie verlangt Vereinbarungen zwischen Ost und West.

Das verlangt den Dialog zwischen Ost und West mit dem Ziel, zu Vereinbarungen über gegenseitige und ausgewogene Maßnahmen der Rüstungskontrolle zu gelangen.

2. Die Fortsetzung der eingeleiteten Verhandlungen ist unerlässlich:

- zur Begrenzung strategischer Waffen (SALT-Verträge),
- zur Begrenzung von Mittelstreckenwaffen in Europa,
- zur Reduktion von Truppenstärken (MBFR),
- zur Erweiterung vertrauensbildender Maßnahmen (KSZE),
- für eine europäische Abrüstungskonferenz (KAE).

3. Die SPD begrüßt

- die Bereitschaft beider Großmächte zum Dialog und zur Fortsetzung der Rüstungskontrollverhandlungen,
- daß der Generalsekretär Breschnew kürzlich Vorschläge gemacht hat; sie müssen allerdings geändert und ergänzt werden,
- die vom amerikanischen Außenminister bekräftigte Bereitschaft zu Verhandlungen auf dem für Europa besonders wichtigen Gebiet der Mittelstreckenwaffen.

Jetzt kommt es darauf an, sich auf diese Verhandlungen zu konzentrieren, zu denen sich die Sowjetunion beim Besuch des Bundeskanzlers im Sommer 1980 bereiterklärt hat.

Die SPD geht davon aus, daß die Bundesregierung weiterhin ihren ganzen Einfluß geltend machen wird, damit die Regierungen in Washington und Moskau die im Oktober 1980 in Genf begonnenen Gespräche unverzüglich fortsetzen.

4. Die Aufstellung von Mittelstreckenwaffen als Antwort auf die sowjetische SS-20-Rüstung wird von dem Ergebnis dieser Verhandlungen abhängig sein. Sie ist ohnehin erst im Herbst 1983 möglich.

Angesichts der Tatsache, daß die Sowjetunion in der Zwischenzeit einen beträchtlichen Vorsprung auf diesem Gebiet erreicht hat, käme ein Einfrieren der heutigen Situation nicht infrage.

Der Berliner Parteitag hat im Übrigen 1979 erklärt:

"Es ist zu prüfen, ob bei fortschreitendem Verhandlungsprozeß überprüfbare Vereinbarungen (Moratorien) über einen Produktions- und Stationierungsstopp neuer nuklearer Waffensysteme die Erfolgsaussichten von Verhandlungen zwischen NATO und Warschauer Pakt erleichtern würden."

Dieser Beschluß hat nach wie vor Gültigkeit.

5. Die SPD unterstreicht die Notwendigkeit des Doppelbeschlusses der NATO, der weder eine Position der Schwäche hinnehmen will, noch nach Überlegenheit strebt.

